

Antrag S01: Unsere Armut kotzt uns an! Schluss mit der studentischen Armutsfalle

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen (Bundesvorstand)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Studienfinanzierung

- 1 Ende letzten Jahres war der Aufschrei für wenige Wochen groß. Das Statistische
2 Bundesamt veröffentlichte im November 2022 neue Zahlen zur sozialen Lage von
3 Studierenden. Das Ergebnis war für Studierende selbst eher wenig überraschend: Mehr
4 als ein Drittel der Studierenden ist armutsgefährdet. Der mediale Aufschrei hielt
5 jedoch nicht lange an. Ohne große Reaktionen seitens unseres Bundesministeriums für
6 Bildung und Forschung - von politischen Zusicherungen zur Verbesserung der sozialen,
7 studentischen Lage ganz zu schweigen - verebbte die Schreckensnachricht schnell
8 wieder.
- 9 Zwar tauchen in den Medien immer wieder Schlagzeilen über die prekäre Lage der
10 Studierenden auf, eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Lebensrealität der
11 Studierenden ist jedoch in den letzten Jahren ausgeblieben. Wenn alle paar Monate
12 eine neue Studie die miserable, soziale Lage von Studierenden bestätigt, kann eine
13 kurzfristige Medienpräsenz nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein
14 darstellen. Was wir brauchen, ist mehr als eine kurze Empörung. Wir brauchen eine
15 Politik, die Sozial- und Bildungspolitik miteinander vereint, die die
16 Armutsbetroffenheit von Studierenden ernst nimmt und einen grundlegenden politischen
17 Neuanfang wagt.
- 18 **Wir in unserem „wohlhabenden“ Land? Fangen wir vor unserer eigenen Haustür an**
- 19 Wenn von Armut gesprochen wird, dann sind die Lebensbedingungen, denen Menschen
20 hierzulande ausgesetzt sind, selten Gegenstand des Gesprächs. Vielmehr beschränkt
21 sich der in unserer Gesellschaft etablierte Armutsbegriff auf die Lebenslage von
22 Menschen in weit entfernten Ländern auf anderen Kontinenten. Doch die verbreitete
23 Annahme, dass Armut in unserer Gesellschaft nicht mehr als ein Relikt der
24 Vergangenheit darstelle, fußt vornehmlich auf einem Armutsverständnis der
25 Nachkriegsjahre. Dieses ist geprägt von der Definition der absoluten Armut, in dem
26 sich ein Mensch die Befriedigung seiner physischen Grundbedürfnisse, also sein
27 Überleben, nicht leisten kann. Doch seit Mitte des letzten Jahrhunderts - seitdem die
28 Zeiten der Massenobdachlosigkeit und Hungersnöte in breiten Teilen der Gesellschaft
29 vorbei sind - gehört es quasi zum Selbstverständnis der Bundesrepublik, offenkundig
30 zu postulieren, dass Armut in unserer ach so wohlhabenden Gesellschaft nicht mehr
31 existieren würde. Diesem Bild müssen wir als sozialistischer Studierendenverband
32 entschieden entgegenwirken! Denn dabei wird vollkommen verkannt, dass Armut auch
33 heute noch in großen Teilen der Gesellschaft besteht. Denn trotz optimistischer
34 Botschaften seitens der Politik gehört ein viel zu knappes monatliches Budget für
35 viele Menschen weiterhin zu ihrem Alltag dazu. Armut ist doch kein Problem
36 Deutschlands? Oh doch, Armut ist eine immense innenpolitische Herausforderung, der
37 sich unsere Politik endlich stellen muss!
- 38 Wenn wir davon sprechen, dass Armut heute noch ein großes gesellschaftliches Problem

39 darstellt, dann ziehen wir dieser Annahme ein relatives Armutsverständnis zu Grunde.
40 So wird relative Armut laut dem paritätischen Wohlfahrtsverband als das Fehlen von
41 materiellen und emotionalen Ressourcen, die im Verhältnis zum
42 Durchschnittswohlergehen der Mitbürger*innen einer Gesellschaft gesetzt werden,
43 definiert. Diese Ressourcen sind zur sozialen, politischen, ökonomischen sowie
44 kulturellen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben notwendig. Dementsprechend gilt man
45 als arm, wenn Bürger*innen der Zugang zum gesellschaftlichen Leben aufgrund des
46 Fehlens von unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen verwehrt
47 bleibt.

48 Numerisch wird diese Armutsgrenze anhand des Mittelwertes des Netto-
49 Äquivalenzeinkommen, was sich an dem Einkommen im Vergleich zur Haushaltsgröße
50 orientiert, gemessen: Wer weniger als 60 Prozent des Mittelwerts des Netto-
51 Äquivalenzeinkommen monatlich zur Verfügung hat, gilt demzufolge als arm. Und auch
52 wenn diese Definition der Armut häufig keine offensichtliche lebensbedrohliche Lage
53 mit sich zieht, so wirkt sich doch auch relative Armut auf die Gesundheit und auf die
54 gesellschaftliche Teilhabe aus. Demnach gilt immer noch, dass wer in Deutschland arm
55 ist, von der Gesellschaft ausgeschlossen wird. Dies ist in einem Sozialstaat nicht
56 hinnehmbar!

57 Entgegen der Annahme der 60er-Jahre ist Armut in Deutschland keineswegs für beendet
58 erklärt. Ganz im Gegenteil: Armut hat in Deutschland in den letzten Jahrzehnten
59 stetig zugenommen. Das Prophezeien eines Endes von Armut begünstigte letzten Endes
60 irreführende, neoliberale Ansätze, die die deutsche Sozialpolitik viel zu lange
61 geprägt haben und brachte somit unzureichende politische Reaktionen auf steigende
62 Armutszahlen mit sich. So zeigt sich die große Gefahr des aktuellen Diskurses: so
63 lange Menschen nicht obdachlos und ohne Essen sind, wird ihre Armut und damit der
64 Ausschluss aus der Gesellschaft, der Ausschluss von Bildung und vor allem die
65 gesundheitlichen Folgen, die auch relative Armut mit sich ziehen, nicht anerkannt.
66 Aber wie eine Studie des Robert-Koch-Instituts zeigt, ist eine verkürzte
67 Lebenserwartung eine klare Konsequenz von relativer Armut.

68 Für uns als Juso-Hochschulgruppen muss daher klar sein, dass sozialistische Kämpfe
69 gegen Armut nur wirksam sind, wenn Armut relativ betrachtet wird. Eine Orientierung
70 an der absoluten Armut führt zum notwendigen Verfehlen unseres ursprünglichen
71 politischen Ziels, soziale Ungleichheit und Armut in allen Teilen der Erde - auch vor
72 unserer eigenen Haustür - zu überwinden.

73 Daher fordern wir:

- 74 • eine bundesweite Sozialpolitik, die auf einem relativen Armutsverständnis beruht
75 und Armut auch als solche benennt und bekämpft

76 **Reiche Eltern für alle oder funktionierender Sozialstaat?**

77 Wenn man von Armut unter Studierenden spricht, bekommt man meist nur völliges
78 Unverständnis entgegengebracht. Denn Studierende sind doch meist Teil der oberen
79 Mittelschicht, bekommen monatliche Beträge von ihren Eltern überwiesen, sparen durch
80 typisch studentische Wohngemeinschaften einen hohen Teil an Miete und genießen
81 Vergünstigungen durch tägliches Mensaessen und Semesterticket - also alles halb so
82 wild, oder? Von wegen, das ist lediglich ein Teil der Wahrheit!

83 Das Deutsche Studierendenwerk (DSW) spricht in seiner Ergebnisanalyse der

84 diesjährigen Sozialerhebung von einer sozialen Polarisierung innerhalb der
85 Studienfinanzierung. Während ein Viertel der Studierenden mehr als 1300 Euro
86 monatlich zur Verfügung stehen haben und somit nicht als armutsgefährdet gelten,
87 verfügen hingegen knapp 40 Prozent der Studierenden monatlich über weniger als 800
88 Euro. Das sind einerseits finanziell 60 Euro weniger als die Unterhaltslinie der
89 Düsseldorfer Tabelle für den Elternunterhalt für auswärtswohnende Studierende zum
90 Erhebungszeitpunkt der Studie vorgab und andererseits anteilmäßig weit mehr
91 Studierende als die 13 Prozent derjenigen, die BAföG beziehen.

92 Diese Zahlen zeigen schwarz auf weiß: Unser Sozialstaat funktioniert nicht! Denn
93 staatliche Unterstützung kommt nur bei einem Bruchteil der Studierenden an: Denn auf
94 all die Studierenden, welche weder auf das BAföG noch auf gutverdienende Eltern
95 zurückgreifen können, wartet die Armutsfalle. Dieser Zustand ist nicht länger
96 haltbar.

97 Zudem wird studentische Armut durch den sich immer weiter anspannenden Wohnungsmarkt
98 sowie durch eine in die Höhe schießende Inflation immer weiter befeuert. So geben
99 Studierende im Durchschnitt 410 Euro monatlich für die Miete aus und überschreiten
100 damit weit die 360 Euro, welche eigentlich - der BAföG-Wohnpauschale zufolge - für
101 das Wohnen ausreichen sollten. Damit stellt die Miete, mit 51 Prozent (für
102 Studierende, die allein oder in Wohngemeinschaften wohnen) den höchsten monatlichen
103 Kostenpunkt dar. Als wäre das nicht schon schlimm genug, zeigt eine weitere Studie
104 auf, dass Studierende im gesellschaftlichen Vergleich überdurchschnittlich von der
105 Inflation betroffen sind. Grund dafür sind die Ausgaben von Studierenden, die
106 hauptsächlich aus Miete und Lebensmittel bestehen, da diese inflationsbedingt einen
107 besonders hohen Preisanstieg in den letzten Monaten verzeichnet haben, schrumpft das
108 studentische Budget weiter und weiter.

109 Vor dem Hintergrund der enorm hohen studentischen Lebenshaltungskosten wundert es
110 nicht, wenn immer mehr Studierende ihr Studium abbrechen oder erst gar nicht
111 aufnehmen. Dass weiterhin mehrheitlich Studierende mit Migrationsgeschichte keine
112 andere Option sehen, als der wissenschaftlichen Ausbildung den Rücken zu kehren,
113 eröffnet eine neue Dimension der ungleichen Bildungspolitik, die wir als Verband aus
114 antirassistischer Perspektive keineswegs länger hinnehmen können.

115 Es bleibt dabei: Das Studium ist und bleibt ein Luxusgut, solange es keine reiche
116 Eltern für alle oder einen funktionierenden Sozialstaat gibt, der die Armut unter
117 Studierenden endlich ernst nimmt.

118 Daher fordern wir:

- 119 • eine Ausweitung des BAföG-Bezugskreises, unter anderem durch eine automatische
- 120 Erhöhung der Elternfreibeträge an die jährliche Lohnentwicklung
- 121 • eine jährliche und realistische Anpassung der BAföG-Wohnpauschale
- 122 • eine sozial-gerechte Wohnungspolitik
- 123 • einen vereinfachten Hochschulzugang, durch ein BAföG als Vollzuschuss sowie eine
- 124 Studienstarthilfe für alle BAföG-Bezieher*innen

125 **Bildung als Selbstzweck und nicht als Mittel zum individuellen Aufstieg!**

126 Gleichermäßen zeigt uns diese Faktenlage, dass das vorherrschende Dogma des
127 "Aufstiegs durch Bildung", was soziale Gerechtigkeit durch Investition in die Bildung

128 verspricht, längst nicht mehr angebracht ist. Als kritischer Studierendenverband
129 müssen wir darüber hinaus Bildung immer als Selbstzweck für eine*n kritisch
130 heranwachsenden Bürger*in unserer Gesellschaft verstehen und nicht als Bekämpfung der
131 Armut.

132 Wenn wir Armut bekämpfen wollen, dann braucht es soziale und wirtschaftliche
133 Veränderungen, die allen armutsbetroffenen und -gefährdeten Menschen, auch denen in
134 der Wissenschaft, zu Gute kommen. Es ist vollkommen fatal, Bildung als alleiniges
135 Instrument der Armutsbekämpfung zu verstehen. So wird zwar durch eine bessere (Aus-
136)Bildung auf individueller Ebene die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt erhöht,
137 jedoch bleibt ein grundsätzliches Angehen des strukturellen Problems der Armut aus.
138 Denn was unter günstigen Umständen zum individuellen beruflichen Aufstieg - vom Kind
139 einer Nicht-Akademiker*innen-Familie zum Akademiker*in - führen kann, versagt
140 nämlich als Patentrezept gegen die strukturellen Probleme. Wenn alle - was natürlich
141 wünschenswert ist - durch mehr Bildungsmöglichkeiten einen höheren Bildungsabschluss
142 bekommen würden, werden nicht wirtschaftliche Gleichheit und bessere Löhne für den
143 unteren Teil der Gesellschaft die Folge sein, stattdessen würde sich durch zu viele
144 Menschen mit einer ähnlichen Qualifikation nur die Konkurrenz in bestimmten
145 Berufsgruppen auf unserem Arbeitsmarkt erhöhen. Es würde so zwar mehr Menschen mit
146 Abitur oder Hochschulabschluss geben, aber nicht weniger Arme. Hierfür bräuchte es
147 grundsätzlich ein anderes Wirtschaftssystem.

148 Demnach muss für uns als sozialistischer Studierendenverband immer klar sein, dass
149 wir Armut nicht durch individuelle Bildungsaufstiege beseitigen werden, sondern
150 lediglich mit einer grundsätzlichen Umverteilung des Einkommens und Vermögens von
151 oben nach unten. Bildungspolitik wirkt also allein nicht als sozialpolitisches
152 Instrument, sondern muss durch solche immer ergänzt werden. Denn nur mit
153 grundlegenden Veränderungen und dem Ende von Armut, kommen wir Bildungs- und
154 Chancengerechtigkeit einen Schritt näher.

155 Daher fordern wir:

- 156 • das Ende des Dogmas des “Aufstiegs durch Bildung” und dass Bildung an sich als
157 Selbstzweck verstanden wird
- 158 • dass Bildungs- und Sozialpolitik stets zusammengedacht werden
- 159 • eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten als
160 Voraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit

161 **BAföG endlich wiederbeleben! Keine Trippelschritte mehr**

162 Eine Hausaufgabe, an die wir die aktuelle sowie die vergangenen Bundesregierungen
163 immer wieder mühselig erinnern und erinnert haben, ist die der BAföG-Reform. Immer
164 wieder wurden große Reformen angekündigt, übrig blieb am Ende immer nur der liberale
165 Traum der Schwarzen Null. Ob Schwarz-Gelb, Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Ampel: Stets
166 waren es kleine Trippelschritte, die vergeblich versucht haben, der Inflation
167 hinterherzurennen.

168 Heute stehen wir wieder vor der gleichen Ausgangssituation. Während die Inflation
169 weiter ansteigt, ist im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr kein Finanztopf für
170 die zu Beginn der Koalition vom BMBF groß angekündigte BAföG-Reform ersichtlich.
171 Dabei wurde die Erhöhung der Bedarfsätze als Teil des 27. BAföG-Änderungsgesetz
172 längst von der Inflation abgehängt. Somit unterschreitet der BAföG-Grundbedarf

173 weiterhin das des Bürger*innengelds und liegt somit unter dem Existenzminimum. Wer
174 meint, mit Trippelschritten und lächerlichen 200€-Einmalzahlungen die prekäre Lage
175 von Studierenden an der Wurzel packen zu können – verkennt die dahintersteckende
176 Systematik der studentischen Armut.

177 So lange wie es die Juso-Hochschulgruppen gibt, gibt es auch schon unsere BAföG-
178 Forderungen. Jedoch hat sich die Lage seit dessen Einführung im Jahr 1971 unter
179 Bundeskanzler Willy-Brandt dramatisch verschlechtert. Damals wie heute brauchen wir
180 ein BAföG, dass als Vollzuschuss ausgezahlt und eine gesamtgesellschaftliche Öffnung
181 der Hochschulen vorantreibt. Zudem darf das Motiv hinter der BAföG-Reform kein rein
182 wirtschaftliches zur Sicherung unserer Fachkräfte sein, das Ziel des BAföG muss immer
183 ein sozialpolitisches sein, und zwar die soziale Lage von Studierenden zu sichern und
184 Armut zu beseitigen.

185 Daher fordern wir:

- 186 • ein BAföG als Vollzuschuss
- 187 • die inflationsbedingte automatische Anpassung der Förderhöchstsätze
- 188 • eine Anpassung der Förderhöchstdauer mindestens um zwei Semester über
189 Regelstudienzeit
- 190 • eine Ausweitung des Krisenbegriffs im Notfallmechanismus

191 **Hochschulpolitik ist Sozialpolitik! Wider dem Euphemismus des privilegierten Studis**

192 Dass die Realität vieler Studierende nicht dem Bild des privilegierten Studierenden
193 mit den reichen Eltern und ohne Existenzängste entspricht, haben bereits verschiedene
194 Studien und Erfahrungsberichte, sei es jüngst die Corona-Pandemie oder die
195 Energiekrise, deutlich gemacht. Nichtsdestotrotz wird uns als Juso-Hochschulgruppen
196 nicht selten der Vorwurf entgegengebracht, dass wir in unserem akademischen
197 Elfenbeinturm sitzen - weit weg von den "wirklichen" Missstände im Leben - und nur
198 Politik von Privilegierten für Privilegierte betreiben würden. Solche Annahmen
199 verkennen aber den eigentlichen Kern einer sozialistischen Hochschulpolitik. Denn die
200 Antwort auf solche Aussagen ist ebenso einfach wie radikal: Unsere sozialistische
201 Hochschulpolitik strebt eine Gesellschaft der Freien und Gleichen an und diese
202 erreichen wir nur mit einer vollumfänglichen hochschulpolitischen Sozialpolitik!

203 Aus diesem Grund ist es für uns als Juso-Hochschulgruppen essentiell, alle
204 hochschulpolitischen Geschehnisse mit einer sozialen Perspektive zu betrachten. Auch
205 jene, die auf den ersten Blick nicht sozialpolitisch erscheinen:

206 Eins davon ist die anhaltende Debatte um das 49 Euro- und dem Semesterticket. Was mit
207 der Intention eingeführt wurde, den Regionalverkehr für alle günstiger zu machen,
208 bewirkt für viele Studierende genau das Gegenteil. So haben schon in diesem
209 Wintersemester viele Studierende nur die Wahl zwischen keinem Semesterticket oder
210 einem Deutschlandticket für monatlich 49 Euro, welches Preissteigerungen von bis zu
211 20 Euro mit sich bringt. Das ist für viele Studierende finanziell keineswegs stemmbar
212 und muss mit aller Kraft vermieden werden.

213 Gleichzeitig ist zu beobachten, dass psychische Erkrankungen unter Studierenden
214 stetig zunehmen. Das bestätigen auch Ergebnisse der DSW-Sozialerhebung: 16 Prozent
215 aller Studierenden haben eine oder mehrere gesundheitliche Beeinträchtigungen, damit
216 hat sich der Anteil von Studierenden mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen

217 innerhalb von wenigen Jahren um fast 50 Prozent erhöht.
218 Solche enormen Verschlechterungen innerhalb der gesundheitlichen Situation von
219 Studierenden können wir als gesellschaftskritischer Verband niemals losgelöst von
220 gesellschaftlichen Entwicklungen betrachten. So ist es nicht zu verkennen, dass ein
221 zentraler Grund hierfür die prekäre soziale Lage von Studierenden ist. Denn Armut
222 wirkt sich massiv auf die psychische Gesundheit aus, so auch bei Studierenden. Gerade
223 im studentischen Alltag stehen Mehrfachbelastung im Studium und Nebenjob, um die
224 eigene Existenz zu sichern, ganz oben auf der Tagesordnung. Demnach kann eine
225 überdurchschnittlich hohe psychische Belastung als Folge niemanden groß überraschen.
226 Das hat für uns natürlich einerseits zur Folge, dass es einen Ausbau und eine
227 Förderung psychosozialer Beratungsstellen an Hochschulen braucht. Andererseits kann
228 aber eine Stagnation bei einer lediglichen Symptombehandlung für uns niemals eine
229 ausreichende Handlungsmaßnahme sein. Vielmehr müssen wir das Problem in seiner
230 Ursache - der studentischen Armut in einer kapitalistischen Gesellschaft - anpacken.
231 Auch die aktuellen Kämpfe für einen studentischen Tarifvertrag (TVStud) dürfen nicht
232 nur aus einer arbeitspolitischen Brille beleuchtet werden, sondern ebenso aus einer
233 sozialpolitischen. Denn die prekären Arbeitsbedingungen an Hochschulen wirken wie ein
234 Brandbeschleuniger für studentische Armut. Da die staatliche Studienfinanzierung -
235 das BAföG - in keinsten Weise für die Breite der Studierendenschaft ausreichend ist,
236 müssen mehr die Hälfte aller Studierenden neben ihrem Studium einer Erwerbstätigkeit
237 nachgehen. Dass hier das universitäre Label eines Vollzeitstudiums für die Wenigsten
238 der Realität entspricht, steht wohl außer Frage.
239 Hinzu kommt, dass der öffentliche Dienst in Form von Hochschulen und
240 Forschungseinrichtungen mit Abstand den größten Arbeitgeber für Studierende
241 darstellt, was aber tragischerweise keinen Schutz vor Prekarität und Armut
242 impliziert. Aus dieser Analyse lassen sich zweierlei Schlüsse ziehen: Einerseits
243 kommt der Bund seiner Aufgabe der Ausbildungsförderung nicht zu Genüge nach.
244 Andererseits befeuert er die studentische Armut, in dem er die prekäre soziale Lage
245 durch miserable Arbeitsbedingungen weiter verschärft.
246 Daher fordern wir:
247 • eine Einbeziehung der sozialpolitischen Perspektive auf den Kampf gegen
248 (studentische) Armut in jegliche hochschulpolitischen Themen
249 • ein bundesweites, solidarfinanziertes Semesterticket zum kommenden
250 Sommersemester
251 • den Ausbau und eine größere finanzielle Förderung von psychosozialen
252 Beratungsstellen an Hochschulen
253 • das Ende neoliberaler Leistungssystem an Hochschulen, welche mentale Krankheiten
254 und/oder Belastungen begünstigen
255 • einen bundesweiten studentischen Tarifvertrag (TVStud)
256 **Zurück zum sozialistischen Ursprung – unser Kampf gegen Armut**
257 Unsere Analyse zeigt deutlich: Armut ist unter Studierenden weit verbreitet und
258 derzeitige politische Maßnahmen sind völlig unzureichend, um den ökonomischen
259 Ungleichheiten zu begegnen. Der Kampf gegen studentische Armut ist eine Kernaufgabe
260 der Juso-Hochschulgruppen. Nur, wenn wir studentische Armut durch umfassende

261 Strukturreformen beim BAföG und gute Arbeitsbedingungen (an Hochschulen) bekämpfen,
262 wenn die Situation von Studierenden von Politik und Gesellschaft nicht verkannt,
263 sondern ernst genommen wird, können wir den Hochschulzugang für alle, auch und
264 insbesondere für (migrantisierte) Arbeiter*innenkinder, niedrigschwelliger
265 ermöglichen.

266 Dadurch ergibt sich, dass unser Kampf gegen Armut immer in seiner Ursache bekämpft
267 werden muss. Armut ist kein "natürliches" Phänomen, Armut ergibt sich aus den
268 komplexen Strukturen des Kapitalismus, durch den Widerspruch zwischen Kapital und
269 Arbeit. Armut kann also überwunden werden - und dies muss der Anspruch unseres
270 sozialistischen Kampfes sein. In aktuellen Debatten rund um den Begriff Klassismus,
271 wird Armut jedoch häufig als etwas "Natürliches" verklärt. Der suggerierte Kampf
272 bezieht sich dann lediglich auf die Entstigmatisierung von Armut, bzw. von
273 armutsbetroffenen Menschen, nicht aber auf die Überwindung der Ursprünge dieser. Und
274 wenn eine Überwindung der Armut angestrebt wird, so werden auch hier häufig die
275 strukturellen Ursachen der Armut nicht berücksichtigt, sondern eine individuelle
276 Lösung angestrebt. Dies ließ sich zuletzt am Beispiel eines vielfach (insbesondere
277 von Gewerkschaften) kritisierten Instagram-Post von funk betrachten, bei dem einer
278 der genannten "Tipps" war, doch am besten nicht über Armut zu sprechen. Doch zu den
279 Ungerechtigkeiten, der Ausbeutung und Unterdrückung durch die kapitalistische
280 Wirtschaftsweise werden wir auf keinen Fall schweigen!

281 Für uns als Studierendenverband ist daher klar: studentischer Armut muss der Kampf
282 angesagt werden! Unser sozialistischer Kampf ergibt sich aus einem Zusammenspiel
283 einer grundlegenden Auseinandersetzung und Kritik an den Ursachen von (studentischer)
284 Armut, sowie der aktiven politischen Einflussnahme an einer notwendigen Sozialpolitik
285 für Studierende. Wissenschaft und Forschung sind in der Verantwortung,
286 Forschungsdesigns und -ergebnisse kritisch vor unseren gesellschaftlichen Strukturen
287 zu reflektieren. Wirtschaftswissenschaften sind plural auszurichten, um die Ursachen
288 von Armut weiter untersuchen zu können und sich mit alternativen Wirtschaftsformen
289 zum Kapitalismus zu beschäftigen. Hochschulen und Länder sind zugleich auch in der
290 Verantwortung, die Arbeitsbedingungen im Hochschulwesen deutlich zu verbessern.
291 Wissenschaft und Forschung dürfen nicht auf Ausbeutung beruhen! Zugleich ist es
292 Aufgabe der Politik, die prekäre Lage von Studierenden anzuerkennen und materielle
293 Veränderungen zu erzielen. Hierfür ist zum einen eine studierendenfreundliche und
294 sozialgerechte Wohnungspolitik, sowie eine umfassende BAföG-Reform notwendig.
295 Mit dieser langen Liste an Forderungen müssen wir auch einen kritischen Blick auf
296 unsere Mutterpartei - die SPD - werfen. Obwohl mit dem Ampel-Koalitionsvertrag viel
297 Hoffnung aufkam, dass der Kampf für eine gerechte Bildungspolitik nach langer Zeit
298 wiederaufgenommen werde, so müssen wir heute mit Ernüchterung feststellen, dass der
299 rot-grün-gelbe Veränderungswille klare Grenzen vorweist. Zwar teilen wir die
300 Annahme, dass allen voran die FDP als Bremsklotz die notwendigen Schritte in der
301 Sozialpolitik verhindert, trotzdem reicht es uns nicht aus, uns auf dieser Erkenntnis
302 auszuruhen. Denn als 'stärkste der Parteien' sind die Erwartungen an die SPD um
303 einiges größer als es aktuell die Realität erfüllen kann. Anstatt sich in zentralen
304 Zukunftsfragen durchzusetzen, wirkt sie vielmehr wie ein zahnloser Tiger innerhalb
305 der Regierungskoalition. Für uns als Juso-Hochschulgruppen ist nämlich klar,
306 sogenannter 'Fortschritt' geht nicht mit Sparpolitik., sondern nur mit einer starken

307 und konsequenten SPD. Das bedeutet für uns vor allem, dass die SPD sich wieder an
308 ihren sozialistischen Ursprung - dem Kampf gegen Armut und Ungleichheit -
309 zurückerinnern muss und sich nicht mehr mit vermeintlichen Kompromissen begnügt. Also
310 lasst uns weiterhin als den kritischen Motor der Partei verstehen, der immer wieder
311 klarmacht: Unser aller Armut kotzt uns an! Schluss damit und zwar vollumfänglich!

312 Daher fordern wir:

- 313 • eine kritische Perspektive auf das theoretische Konzept "Klassismus"
- 314 • das Ende von Ausbeutung an Hochschulen und Wissenschaft
- 315 • eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowohl von den Ländern als auch vom
316 Bund
- 317 • kritische Lehre und Wissenschaft sowie eine konkrete Förderung pluraler
318 Wirtschaftswissenschaften
- 319 • eine studierendenfreundliche und sozialgerechte Wohnungspolitik
- 320 • dass die SPD in der Koalition nicht mehr als zahnloser Tiger auftritt, sondern
321 den Kampf gegen Armut interdisziplinär in ihrer Politik anwendet